

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

das **Drohnen-Debakel** geht weiter: Wir beobachten in dieser Woche einen Absturz. Nicht nur das militärische (Nicht-)Fluggerät stürzt ab. Es reißt auch den Minister mit sich. Thomas de Maizière hat sich mit der Verschleierung und der Abwälzung der Verantwortung an Untergebene unglaublich gemacht. Als Minister ist es seine Pflicht, über Vorgänge in seinem Haus Bescheid zu wissen. Er ist auch der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig. In beiden Punkten hat er versagt. Wir haben deswegen gemeinsam mit den Grünen einen Untersuchungsausschuss durchgesetzt. Frau Merkel wird wohl in kurzer Zeit ihren vierten Verteidigungsminister seit 2009 ernennen müssen. Solche Verschleißerscheinungen würden bei jedem Mittelständler zur Kündigung des Personalverantwortlichen führen. Daher heißt es für uns als SPD: Wir werden alles tun, um Merkel und ihr Kabinett abzulösen!

Europapolitisch haben wir diese Woche über den ersten Schritt zu einer **Bankenunion** entschieden. Zur Abstimmung stand ein Gesetz, das die Bundesregierung ermächtigt, der Übertragung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB) zuzustimmen. Die Errichtung einer einheitlichen Bankenaufsicht ist ein erster wichtiger Schritt, um europaweit eine strengere Kontrolle der Banken durchzusetzen.

Die Krise des Euro-Raums ist vor allem auf eine Krise der Banken und der Finanzmärkte zurückzuführen. Deswegen ist eine funktionierende Regulierung und Kontrolle der Banken und Finanzmärkte so wichtig. Wir fordern daher nicht nur eine einheitliche Bankenaufsicht, sondern auch einen



**Berlin-Brief, Ausgabe 141**  
**14. Juni 2013**

*Meine Termine*

**Premiere Freilichtspiele Kulturetta Gundelsheim: Katharina Knie**  
14.6.2013, 20.30 Uhr, Gundelsheim, Schlossgraben Schloss Horneck

**Auftakt für aktive Wahlkämpfer**  
15.6.2013, 14 Uhr, Heilbronn, SPD-Regionalzentrum, Untere Neckarstraße 50

**Solidaritätsgottesdienst der Aufbaugilde für Langzeitarbeitslose**  
16.6.2013, 11 Uhr, Heilbronn, Kilianskirche

**Autofreier Sonntag auf der B27**  
16.6.2013, 13 Uhr

**SPD-Empfang für Betriebs- und Personalräte**  
17.6.2013, 17.30 Uhr, Stuttgart, Waldheim Heslach, Dachswaldweg 180

**Berlin im Dialog: Podiumsdiskussion der Wirtschaftsjunioren und der IHK mit den Heilbronner Abgeordneten**  
18.6.2013, 19 Uhr, Heilbronn, ZEAG Energie ag, Weipertstraße 41

**AK Christen in der SPD: Politik zwischen Moral und Ethik – bleibt die Menschlichkeit auf der Strecke?**  
20.6.2013, 18 Uhr, Heilbronn, Merian-Zimmer der Harmonie-Gaststätte

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030-227-70107  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**  
Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn  
Tel. 07131-783616  
[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



einheitlichen Abwicklungsmechanismus für marode Banken. Die Regierung Merkel bremst jedoch alle Bemühungen, einen solchen Abwicklungsmechanismus zu schaffen, mit dem die Banken selbst bei einer Bankenpleite für die Kosten aufkommen müssten.

Peer Steinbrück hat bereits im Herbst 2012 ein umfassendes Konzept zur Bändigung der Finanzmärkte vorgelegt. Wir bringen Argument um Argument vor, damit der Teufelskreis von Bankenkrise und Staatsschulden durchbrochen wird. Die Haftungsrisiken der Banken müssen aus den Staatshaushalten und aus der Bilanz der Zentralbank wieder zurück in den Privatsektor. Die Zahlungsschwierigkeiten einzelner Banken und Staaten dürfen nicht weiter der Bremsklotz der wirtschaftlichen Entwicklung sein und als Damoklesschwert den Zusammenhalt der Eurozone gefährden. Die geldpolitischen Rettungsaktionen der EZB sind keine dauerhaft tragfähige Lösung, um das Vertrauen in die Eurozone wieder herzustellen. Europa braucht dringend eine politische Antwort auf die Krise im Euroraum, die nun schon ins vierte Jahr geht. Es ist klar: Merkel und Schäuble haben diese Antwort nicht.

Sozialpolitisch wichtig war die Debatte am Freitag zur **Krankenversicherung**. Die Krankenversicherung ist eigentlich dafür da, Menschen solidarisch von hohen Kosten zu entlasten – stattdessen entstehen für immer mehr Menschen **Beitragsschuldenberge**. Seit 2007 kommen auf Versicherte bei gesetzlichen Krankenversicherungen, die ihre Beiträge nicht bezahlt haben, Säumniszuschläge in Höhe von fünf Prozent im Monat zu. Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag „Keine überhöhten Säumniszuschläge bei Beitragsschulden“, zur früheren Regelung von einem Prozent Säumniszuschläge zurückzukehren. Damit Personen aus der Schuldenfalle herauskommen, die trotz der bestehenden Versicherungspflicht über längere Zeit nicht krankenversichert waren, soll für sie die Zahlung der Säumniszuschläge begrenzt werden.

Mich beeindruckt zur Zeit die Solidarität mit den Menschen in der katastrophalen **Hochwassersituation**. Es ist großartig, wie viele fleißige Hände aus der Nachbarschaft und aus ganz Deutschland anpacken, um Betroffenen an Elbe, Donau und zahlreichen weiteren Flüssen aus ihrer Not zu helfen. Darüber hinaus braucht es jetzt auch politische Maßnahmen in Form finanzieller Unterstützung und Planung für noch besseren Hochwasserschutz. Es ist richtig und wichtig, dass Bund und Länder einen Hilfsfonds in Höhe von etwa acht Milliarden Euro beschlossen haben. Wir als SPD werden die Hilfen selbstverständlich unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen